

# MARXISTISCHE BLÄTTER

★ Seit 1963 ★

[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)

BEILAGE:  
Clara Zetkin (1923)  
Kampf gegen  
den Faschismus



**ANTIFASCHISTISCHE  
STRATEGIE 1923/2023**

**Mit Beiträgen von:**

Ulrich Schneider (FIR), Anne Rieger (Österreich), Andreas Buderus, Matthias Fritz, Ulrich Sander, Maria Krüger, Gerhard Feldbauer, Erica Caines (USA), Joe Lauria (USA); Rezensionen zum Thema

**Weitere Themen:**

Atomkriegsgefahr (Scott Ritter), Brasilien (Miguel Torres/ João Carlos Juruna), Mediengesetz in der Ukraine (Maxim Goldarb), »Holodomor«-im Bundestag (Rainer Dörrenbecher), Kontinuität deutscher Außenpolitik (Rudolph Bauer), Vergessener Massenmord in Indonesien (John Roosa), Polykrise und die Linke (Peter Mertens)

**Einzelheft:**  
12,50 €

**Im Abonnement:**  
9,00/6,00 €

**Kommentar****Peace? Now!**

<i>Lothar Geisler</i> .....	1
-----------------------------	---

**In gemeinsamer Sache****Aktuelles****Bemerkungen zu einem langweilig klingenden Gesetz**

<i>Enrico Mönke</i> .....	5
---------------------------	---

**Wie die Redefreiheit in der Ukraine zerstört wird**

<i>Maxim Goldarb (Ukraine)</i> .....	6
--------------------------------------	---

**Nach dem Sturm, eine neue Zeit**

<i>Miguel Torres und João Carlos Juruna (Brasilien)</i> .....	8
---	---

**Der »Holodomor« in der Ukraine 1932/1933 – ein sowjetrussischer Völkermord?**

<i>Rainer Dörrenbecher</i> .....	13
----------------------------------	----

**Die schreckliche Kontinuität deutscher Außenpolitik**

<i>Rudolph Bauer</i> .....	17
----------------------------	----

**90 Sekunden bis Mitternacht?**

<i>Scott Ritter (USA)</i> .....	20
---------------------------------	----

**Leserzuschrift****Massaker nicht verschweigen!**

<i>Thomas Ewald und Rüdiger Deißler</i> .....	23
---	----

**Thema: Antifaschistische Strategie 1923-2023**

<b>Editorial</b> .....	24
------------------------	----

**Nachdenken über antifaschistische Bündnispolitik**

<i>Ulrich Schneider</i> .....	26
-------------------------------	----

**Soziale Demagogie der extremen Rechten und antifaschistische Strategien**

<i>Anne Rieger (Österreich)</i> .....	36
---------------------------------------	----

**Über die Erforderlichkeit emanzipatorischer betrieblicher Gewerkschaftsstrategien**

<i>Andreas Buderus</i> .....	44
------------------------------	----

**Faschist:innen in Metall-Betrieben**

<i>Matthias Fritz</i> .....	52
-----------------------------	----

**Die Friedensbewegung und der Antifaschismus**

<i>Ulrich Sander</i> .....	57
----------------------------	----

**Dammbrüche im Osten und Überlegungen für antifaschistische Strategien**

<i>Maria Krüger</i> .....	67
---------------------------	----

**»Reuulose Faschisten« regieren**

<i>Gerhard Feldbauer (Italien)</i> .....	76
--	----

**Liberalismus – Bettgenosse des Faschismus**

<i>Erica Caines (USA)</i> .....	86
---------------------------------	----

**Über faschistischen Einfluss in der Ukraine**

<i>Joe Lauria (USA)</i> .....	90
-------------------------------	----



**Positionen**

**Die vergessene Vernichtung der KP Indonesiens**

*John Roosa (Kanada)* ..... 99

**Die Polykrise und die Linke**

*Peter Mertens (Belgien)* ..... 106

**Rezensionen**

Ulrich Schneider: 1933 – Der Weg ins Dritte Reich. Analysen und Dokumente zur Errichtung der NS-Herrschaft (*Ludwig Elm*) ..... 114

Dieter Braeg/Jochen Gerster (Hrsg.): 2 Monate – Von Weimar zu Hitler, Autorinnen und Autoren der Weltbühne im Angesicht des Faschismus (*Ulrich Schneider*) ..... 116

Mathias Wörsching: Faschismustheorien. Überblick und Einführung (*Phillip Becher*) ..... 118

Karsten Heinz Schönbach: Faschismus und Kapitalismus. Bündnis zur Zerschlagung von Demokratie und Arbeiterbewegung. Mit einer Dokumentation aus den geheimen Dokumenten der Hitler-Förderer aus Großindustrie und Hochfinanz (*Christian Sprenger*) ..... 121

75 Jahre VVN-BdA NRW, Eine Geschichte der VVN-BdA in NRW in Streiflichtern seit ihrer Gründung 1946 (*Ulrich Schneider*) ..... 123

Erwin Eckert, Antifaschismus. Frieden. Demokratie. Reden und Texte (1945-1959) (*Sarah Kant*) ..... 125

Armin Pfahl-Traughber, Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten (*Rainer Venzke*) ..... 127

Albert F. Reiterer, Planung, Markt und »Wertgesetz«. Überlegungen zu einer fundamentalen politischen Problematik (*Klaus Müller*) ..... 129

Maria Prestes, Meu Companheiro. Mein Leben mit Luiz Carlos Prestes. (*Günter Pohl*) ..... 131

Rößer, Hans Otto: Georg Büchners politisches Vermächtnis. Was heißt »Die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volk suchen«? (*Georg Fülberth*) ..... 133

**Es geschrieben diesmal** ..... 136

**Impressum** ..... 136



Andreas Buderus,  
Sozialpädagoge,  
Gründungsmitglied  
des Zentralen  
ver.di-Arbeitskreises  
»Offensiv gegen  
Rassismus und  
Rechtsextremismus!«  
– ZAKO, Autor

## Über die Erforderlichkeit emanzipatorischer betrieblicher Gewerkschaftsstrategien

Andreas Buderus

Jahreswechsel 2022/23: Deutschland und die Welt sind im (Multi-)Krisenmodus. Das für das globale Überleben gesetzte 1,5-Grad-Ziel ist wohl nicht mehr zu erreichen, in Europa tobt wieder ein Krieg, die Coronapandemie wird zum Dauerzustand, Lieferketten funktionieren nicht mehr, gestern noch kerngesunde Unternehmen beantragen Staatshilfen, in Kunst und Kultur kämpfen Menschen um ihre Existenzen, die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten, grassierende Inflation spalten die Gesellschaft zunehmend, Populisten bringen sich in Stellung und erringen weltweit und quer durch Europa noch vor einiger Zeit ungeahnte Wahlerfolge, bis hin zu einer offen faschistischen Regierung in Italien, pünktlich zum 100. Jahrestag von Mussolinis »Marsch auf Rom«. Die Welt ist aus den Fugen.

Die Herrschenden und ihre politische Klasse regieren wie immer in Krisenzeiten – kurzfristig und mit dem Fokus auf System- und Machterhalt des kapitalistischen Reproduktionsregimes:

- Statt mit aller Energie um Möglichkeiten und friedliche zivile Mittel zur Beendigung der Kriegseskalation zu ringen, dämonisierende Freund-Feind-Erklärungen und Befeuerung des Krieges durch immer umfassendere Waffenlieferungen und immer unverhohlene direkte Kriegsbeteiligung.
- Statt der Realisierung der beschlossenen Maßnahmen zur so dringend erforderlichen CO<sub>2</sub>-Reduktion, die Reaktivierung fossiler Energieversorgung unter Beteiligung völkerrechtsverachtender Potentaten in den Ölländern und dem Rückgriff auf maximal umweltzerstörerisches Frackinggas aus den USA.
- Dass jahrzehntelange Kaputtsparen der öffentlichen Daseinsvorsorge wird verschwiegen, die Mitverantwortung für die fehlenden Kapazitäten im Gesundheitswesen nicht erwähnt und »Helden in der Pflege und im Einzelhandel« gefeiert, die man bei ihrem Kampf um gerechte Löhne jahrelang im Regen hat stehen lassen und weiter stehen lässt.
- Milliarden schwere Hilfspakete für die Wirtschaft und die deutsche Rüstungsindustrie werden aufgelegt, während Hartz-IV-Empfänger:innen schauen dürfen, wie sie ihre FFP-2-Masken finanziert bekommen – zukünftig mit »Bürgergeld«, was an ihrer prekären Lebenssituation angesichts galoppierender Inflation aber real nur wenig ändert.

Auf der anderen Seite nutzen rechte Demagog:innen die Pandemie, die Klima- und Energiekrise bis hin zum Ukrainekrieg, um diese systemischen Krisen der globalen (neo-)imperialistischen Weltordnung in eine Verschwörung Einzelner umzudeuten. Anstatt staatliches Handeln einer

berechtigten und notwendigen analytischen umfassenden Gesellschafts- und Systemkritik zu unterziehen und für die Grundrechte aller Menschen einzutreten, propagieren sie vereinfachte, von der Komplexität der Welt herunter gebrochene Erklärungen, die Unsicherheiten vermeintlich auflösen, simple Feindbilder schaffen, ›Schuldige‹ benennen und die ›Gläubigen‹ zu vermeintlich ›Wissenden‹ machen.

Es wird eine ›Steuerung von oben‹ durch eine ›geheime Elite‹ heraufbeschworen, die von ›schlechten Ereignissen‹ profitiere, und dabei an altbekannte antisemitische Erzählungen angeknüpft; wenn auch oft hinter neuen Chiffren wie ›Bill Gates‹, ›Bilderberger‹ oder ›das Ostküstenkapital‹ versteckt. In den Verlautbarungen der Querdenker und selbsternannten ›Corona-Rebellen‹ wimmelt es von Bezügen zur NS-Zeit. Häufig fällt der Begriff »Diktatur«. NS- und Shoa-Vergleiche werden bemüht. Diese sind klare antisemitische Symbole und eine Verharmlosung der historisch einzigartigen Verbrechen des faschistischen Deutschlands.

Der Krieg in der Ukraine bietet überdies die von Vielen bis in die bürgerlichen Parteien gern genutzte Gelegenheit, endlich die ›Schmach der deutschen Geschichte‹ zu entsorgen.<sup>1</sup> In fast allen Medien in Deutschland wird von ›Zivilisationsbruch‹ und einem ›Vernichtungskrieg Russlands‹ in der Ukraine schwadroniert. Das sind Begriffe, die vor dem 24.2.22 der Shoah und dem Krieg der deutschen faschistischen Wehrmacht gegen die Sowjetunion vorbehalten waren. Wenn nun die ehemaligen Opfer angeblich genauso handeln, ist dies eine verlockende Gelegenheit zur Entsorgung deutscher Geschichte.

Mehr als 4.400 Demonstrationen mit Bezug zur Corona-Politik, zum Ukraine-Krieg oder zur Klima- und Energiekrise fanden in nur zwei Monaten von September bis November 2022 in Deutschland statt; pro Woche mit mehr als 100.000 Teilnehmenden.<sup>2</sup> Personell reicht das Spektrum von vom Staat enttäuschten Bürger:innen, Gewerkschafter:innen, einzelnen versprengten LINKEN, Impfgegner:innen über Verschwörungstheoretiker:innen bis hin zu Reichsbürger:innen. Zunehmend treten auf diesen Demonstrationen Verschwörungsideolog:innen und Personen aus dem organisierten rechten Spektrum (compact, BASIS), Rechtsnationale (AfD) bis offen rechtsextreme (Identitäre Bewegung) und neonazistischen (III. Weg, NPD) Gruppen meinungsführend in Erscheinung. Gleichzeitig gelingt es mit ein paar wenigen Ausnahmen bisher den Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft bis in die Reihen der Gewerkschaften und auch der Friedensbewegung erkennbar nicht, den ernststen Sorgen der von der Multikrisensituation betroffenen Menschen handlungsorientiert emotionale Anknüpfungspunkte, Organisationsangebote oder gar Handlungsoptionen anzubieten. Die zunehmende Stärke der

1 <https://radioflora.de/nie-wieder-krieg-ohne-uns-deutschland-und-die-ukraine-gespraech-mit-dr-clemens-heni-ueber-ein-neues-buch/>, 10.1.23.

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article241978407/Krisenprotest-Mehr-als-100-000-Demonstranten-in-jeder-Woche.html>, 10.1.23.

Rechten ist insofern auch immer Abbild der zunehmenden Zersplitterung und Schwäche der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Linken.

Deutlich über 20 Jahre ist es her, dass infolge der mörderischen neofaschistischen Mobilisierung Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts (Eberswalde 1990, Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln, Solingen 1993) der DGB-Vorstand vom 16. Ordentlichen DGB-Bundeskongress 1998 beauftragt wurde, »eine Kommission einzusetzen, die aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland analysiert und Handlungsperspektiven für Gewerkschaften erarbeitet«. In deren (leider) nach wie vor sehr lesenswerten Abschlussbericht aus dem Jahr 2000 heißt es bereits: »Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bemächtigen sich auch in der Bundesrepublik immer mehr sozialen Themen und politischen Fragen, die bisher von der linken Mitte des politischen Spektrums aufgeworfen wurden: Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Vermögensverteilung, Generationengerechtigkeit, Staatsbürgerschaftsrecht und europäischer Markt seien beispielhaft genannt. Die zweite Tendenz ist für die Arbeit und das Selbstverständnis der Gewerkschaften ebenso bedeutsam: Wo sich keine gesellschaftliche ›Gegenwehr‹ politisch organisiert und mit modernen Mitteln der politischen Arbeit wappnet, entsteht ein machtpolitischer Freiraum, den extreme Rechte oder populäre Vereinfacher immer leichter glauben ausfüllen zu können.«

Erkenntnis und selbst gestecktes Ziel lauteten damals: »Die inhaltliche Auseinandersetzung und die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus ist nicht nur Aufgabe politischer Entscheidungsträger auf allen Ebenen des politischen Systems. Sie muss auch Anliegen aller demokratisch denkenden Menschen und handelnden Personen sein. Wir brauchen tatkräftige Anstrengungen in allen Parlamenten und von jeder Partei. Aber wir benötigen auch das alltägliche Engagement von selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern: in der Schule, an dem Arbeitsplatz, in allen Lebensbereichen. ... Die Kommission ist der Auffassung, dass mit diesem Bericht die gewerkschaftliche Arbeit am Thema ›Rechtsextremismus‹ nicht beendet werden darf, sondern sich die Gewerkschaften weiterhin mit rechtsextremistischen Denken und Handeln intensiv auseinandersetzen müssen.«

Analysen, Erkenntnisse und Forderungen, die heute, ein knappes Vierteljahrhundert später und nach der über 10 Jahre dauernden und nicht wirklich aufgearbeiteten Mordserie des NSU, den neuerlichen Wahlerfolgen der AfD – die unter der letzten GroKo die Oppositionsführerrolle im Deutschen Bundestag inne hatte – und ihrer Etablierung zum ›Zünglein an der Waage‹ des politischen Tagesgeschäfts und Normalvollzugs, dem Nazi-Mord an dem CDU-Landrat Walter Lübcke, dem antisemitischen Anschlag auf die Synagoge und den Morden in Halle, und dem rassistischen Massaker von Hanau (um nur die Spitzen eines zunehmend sich auch militant zuspitzenden gesellschaftlichen Klimas zu nennen) so aktuell und richtig sind, wie sie es damals bereits waren... – leider!

Während es noch Mitte 2022 danach aussah, dass nach einer Wahlpleite nach der anderen – zuletzt auch bei den Landtagswahlen in NRW – die AfD als (Wahl-)Partei erledigt sein könnte, so haben Ukrainekrieg und Energiekrise autoritären, populistischen und rechtsextremen Deutungsmustern wieder deutlich Auftrieb gegeben. Mit diesen bis tief in den medialen und politischen Diskurs reichenden Weltinterpretationen geht auch ein erkennbares Wiedererstarken der AfD als der parlamentarischen Vertretung dieser autoritären Strömung einher. Deren Propaganda knüpft an den realen Sorgen und Nöten vieler Menschen an, die mit altbekannten und simplifizierenden rechten Deutungsmustern und Krisenbewältigungsstrategien viele Menschen bedürfnisorientiert und vor allem auch emotional ›abholt‹. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen Anfang Oktober 2022 verdoppelte die AfD mit 11 % fast ihr Ergebnis aus 2017. Dabei profitierte sie erkennbar von der Krisenangst breiter Bevölkerungskreise.<sup>3</sup> Das Gros ihrer Wähler:innen kam aus der Alterskohorte der 30- bis 45-Jährigen, also den Menschen, die im Leben und im Beruf stehen; der klassischen Zielgruppe gewerkschaftlicher Organisierung. Insbesondere auch aus Gewerkschaftsperspektive besorgniserregend ist darüber hinaus auch die erkennbare Tendenz, dass in Niedersachsen auch jüngere Wähler:innen die AfD überdurchschnittlich gewählt haben sowie die Feststellung, dass die Hochburgen der AfD mit Ergebnissen von teilweise größer 20 % in der Fläche oftmals in solchen Bereichen liegen, die strukturschwach sind, die von Abwanderungen und von De-Industrialisierung betroffen sind.<sup>4</sup> Regionen also, in denen klassische Themen der Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung existentielle Bedeutung für die Menschen haben. Und dass in Fortsetzung einer bei Wahlen seit Jahren feststellbaren Tendenz<sup>5</sup> die AfD auch in Niedersachsen von Gewerkschafter:innen mit 12 % wieder deutlich häufiger gewählt wurde als im Durchschnitt, ist dann nur noch ein letztes Puzzleteil in einem aus Gewerkschaftssicht ernüchternden Bild.<sup>6</sup>

»Der Aufstieg der AfD hat in der deutschen Öffentlichkeit verständlicherweise eine gewisse Alarmstimmung ausgelöst. In dieser Stimmung wird immer wieder behauptet, den unerwarteten Erfolgen der radikalen Rechten liege ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck zugrunde. Jedoch gibt es keine ernsthafte empirische Grundlage, auf der man von einer solchen plötzlichen Verschiebung nach rechts sprechen könnte. (...) Der Aufstieg der AfD ist nicht dadurch zu erklären, dass sich die Einstel-

3 [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/wahl-niedersachsen-2022-waehlernachbefragung?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/wahl-niedersachsen-2022-waehlernachbefragung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F), 10.1.23.

4 [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtagswahl\\_2022/Abschneiden-der-AfD-Neue-Tendenz-die-wir-so-nicht-kannten,afd2946.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtagswahl_2022/Abschneiden-der-AfD-Neue-Tendenz-die-wir-so-nicht-kannten,afd2946.html), 10.1.23.

5 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/Klassen\\_und\\_Sozialstruktur/2020-02-14\\_Ka\\_Wahlverhalten\\_Gewerkschafter.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Klassen_und_Sozialstruktur/2020-02-14_Ka_Wahlverhalten_Gewerkschafter.pdf), 10.1.23.

6 <https://www.dgb.de/themen/++co++bfc0b508-4880-11ed-9fc1-001a4a160123>, 10.1.23.

lungen in der Bevölkerung ruckartig nach rechts bewegt hätten. Vielmehr mobilisiert die Partei ein bestehendes Potenzial.«<sup>7</sup>

Dieser schleichenden, aber massiv sich verbreiternden Tendenz wird im parteipolitischen Diskurs infolge der Selbsterlegung der LINKEN sowie der weitgehend unwidersprochenen Ausrichtung der GRÜNEN und des überwiegenden Teils der SPD auf einen autoritären Kriegskurs aktuell fast nichts annähernd gleich Wirksames entgegengesetzt. Leider auch nicht im gesellschaftlichen und betrieblichen Diskurs von uns, sprich den DGB-Gewerkschaften. Dabei soll diese Feststellung nicht die aufrichtigen und ernsthaften Anstrengungen vieler Aktiver in den Einzelgewerkschaften und deren Strukturen und auch des DGB selbst (wie z. B. das engagierte Handlungsprogramm III des ver.di-Landesbezirks NRW zur Landtagswahl 2022<sup>8</sup> oder die differenzierten und lesenswerten DGB-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen<sup>9</sup>) kleinreden. Wir dürfen uns aber nicht an der selbstkritischen Erkenntnis vorbeimogeln, dass unsere Antworten seit Jahren und insbesondere in der aktuell massiv aufgeheizten gesellschaftlichen Krisensituation und -stimmung offensichtlich nicht ausreichend anknüpfungsfähig bei den von den Krisenfolgen betroffenen Menschen sind. Trotz allen Engagements ganzer gewerkschaftlicher Gliederungen und vieler tausend einzelner aktiver Kolleg:innen in den Betrieben, waren wir bisher – so wie auch die übrige Zivilgesellschaft – erkennbar wenig erfolgreich in diesem (Abwehr-)Kampf. Auch kann uns nicht beruhigen, dass – wie medial immer wieder gerne hervorgehoben wird – »nur eine Minderheit von 38 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler aus Überzeugung bei der Partei gekreuzt hat.«<sup>10</sup> Denn nach wie vor gilt die richtige Analyse August Thalheimers im September 1930, keine drei Jahre vor der Machtübergabe an die NSDAP:

»Auch ist es ein falscher und fauler Trost, daß die Massen, die jetzt der Faschismus aufgewühlt hat, keine bewußten Anhänger und Kämpfer für die faschistische Diktatur sind. Das ist auch gar nicht nötig für den Sieg der faschistischen Diktatur. Der Weg des Faschismus wie überhaupt der Konterrevolution zur Macht ist ein anderer, ja entgegengesetzter, wie der der proletarischen Revolution. Wenn es im Programm des Spartakusbundes richtig heißt, daß die Kommunistische Partei nur die Macht ergreifen wird, gestützt auf die bewußte Zustimmung der Mehrheit der Arbeiterklasse, so ist es umgekehrt beim Faschismus. Sein Weg zur Macht setzt nicht die Bewußtheit der großen Massen voraus, sondern gerade ihre Unbewußtheit, die Trübung und Verwirrung ihres Klassenbewußtseins, nicht ihre Aktivität, sondern ihre Passivität. Gestützt auf diese Passivität und Verwirrung der

7 <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-mobilisiert-bestehendes-potenzial-6593962.html>, 10.1.23.

8 <file:///C:/Users/andreas/Downloads/Handlungsprogramm%20III%20ver.di%20NRW.pdf>, 10.1.23.

9 <https://niedersachsen.dgb.de/landtagswahl-2022>, 10.1.23.

10 [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/wahl-niedersachsen-2022-waehlernachbefragung?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/wahl-niedersachsen-2022-waehlernachbefragung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F), 10.1.23.



Massen, auf Grund ihres Gewährenlassens, kann eine aktive und bewußte konterrevolutionäre Minderheit zur Macht gelangen, und sie ist nie anders zur Macht gelangt. Diese Voraussetzungen für den Weg des Faschismus zur Macht sind aber bereits heute in weitem Maße geschaffen, sowohl die Verwirrung der Massen, wie die aktiven und bewußten organisierten Kader des Faschismus.«<sup>11</sup>

Zunehmend mobilisieren die Rechten auch systematisch und aktiv in den Betrieben in klarer Abgrenzung und Angriffshaltung gegen die DGB-Gewerkschaften; und zwar nicht nur mit und auf eigenen Listen, wie seit mehreren Jahren dem ›Zentrum Automobil‹ bei Daimler und seit den Betriebsratswahlen 2022 dessen Ableger ›Zentrum Gesundheit und Soziales‹ im Gesundheitswesen, sondern verstärkt auch über Funktionär:innen und Steigbügelhalter:innen, die in den DGB-Gewerkschaften organisiert sind; bekanntestes Beispiel wohl der bis Januar 2020 in der IG BCE organisierte und über IG BCE-Listen zum Betriebsrat gewählte AfD-Europaabgeordnete und -Bundesvorstandsmitglied Guido Reil, der offen und öffentlich den »endgültigen Todesstoß für SPD und IG BCE« fordert.<sup>12</sup> »Mit der AfD ist jetzt eine Partei im Bundestag, die ganz offen dazu aufruft aus den Einheitsgewerkschaften des DGB auszutreten und in die Arbeitnehmer-Organisationen der AfD einzutreten, und zudem gibt es jetzt eben auch die Entwicklung, dass ja vermehrt Rechte versuchen, auch mit Unterstützung der AfD bei den nächsten Betriebsratswahlen anzutreten. Es ist schon ein großflächiger Angriff auch auf die Gewerkschaften, das merkt man auch an immer mehr Äußerungen von führenden AfD-Funktionären: Bayerische AfD fordert beispielsweise die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz, Beatrice von Storch spricht von ver.di als Gefahr für die Demokratie und als Verfassungsfeinde, also die Angriffe auf die Gewerkschaften werden auch immer offener.«<sup>13</sup>

Geschichte wiederholt sich nicht ... Und wenn, dann – wie es Karl Marx im ›Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte‹ bereits 1852 festhielt – das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce:

»Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neuen Weltgeschichtsszene aufzuführen.«<sup>14</sup>

11 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1930/09/aufschwung.html>, 10.1.23.

12 <https://www.labournet.de/interventionen/antifa/nazis/gegen-rechtsruck/erwerbslose-bergleute-der-stillgelegten-zeche-prosper-haniel-bei-bottrop/>, 10.1.23.

13 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/gewerkschaften-nach-den-betriebsratswahlen-der-rechtsruck-100.html>, 10.1.23.

14 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1852/brumaire/kapitel1.htm>, 10.1.23.

Es ist wichtig, die beschriebenen Zusammenhänge und Tendenzen zu entlarven und ihnen inhaltlich und engagiert entgegen zu treten, wo immer sie sich zeigen.

- »Es existiert eine ernst zu nehmende national-soziale Gefahr. Der ›Saaboden für einen neuen Faschismus‹ (J. Habermas) existiert tatsächlich. Er entsteht, weil die völkische Rechte soziale Verwerfungen erfolgreich als Mobilisierungsressource zu nutzen vermag. (...)
- Es besteht kein Zweifel, dass das betriebliche und gewerkschaftliche Engagement radikaler Arbeiterinnen von legitimen sozialen Protestmotiven getrieben wird. Dennoch handelt es sich bei den Formationen, mit denen diese Arbeiterinnen sympathisieren, nicht um Repräsentationen einer neuen Arbeiterbewegung. (...)
- Der Aufstieg der völkischen Rechten ist kein unaufhaltsamer. Ihm kann Einhalt geboten werden, sofern es gelingt, die alltagsweltliche Attraktivität des völkischen Abwertungsmechanismus zu erschüttern. (...)
- Wer die Integrationskraft des rechtspopulistischen Blocks schwächen will, kommt nicht umhin, das Bild von der Kristallglocke insgesamt infrage zu stellen. (...) Statt rechten Arbeitern Gerechtigkeits- und Demokratisierungsmotive pauschal abzusprechen, ist es sinnvoll, dem rationalen Kern populistischer Anschauungen größere Aufmerksamkeit zu widmen. (...)
- In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der national-sozialen Gefahr fällt den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu. Häufig sind Gewerkschaften die einzigen demokratischen Organisationen, die Arbeiter mit Sympathien für die populistische Rechte überhaupt noch erreichen.«<sup>15</sup>

Ziel gewerkschaftlicher Mobilisierung muss es jenseits der angesichts grassierender Inflation zunehmend bedeutsamen Tarifkämpfe sein, den Kriegstreiber:innen und Klimakiller:innen in aktiver und solidarischer Kooperation mit der Friedens- und der Klimabewegung das Handwerk zu legen, die Verursacher:innen und Profiteur:innen der globalen Krise zu entlarven und für deren Stopp und zukunftsorientierter Bearbeitung zur Kasse zu bitten. Wir brauchen dafür mehr denn je solidarische Wege mit internationaler Perspektive.

Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist dabei aus Gewerkschaftsperspektive insbesondere auch die Verteidigung und Ausgestaltung des Sozialstaates und damit auch von dessen Leistungen (Ausländerbehörde, Flüchtlingsunterbringung, Agentur für Arbeit, Sozialamt, Wohnungsamt, Erziehungsberatung, Kita, Schule, Universitäten, Kultur, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen): Wer ist berechtigt / soll berechtigt sein? Wofür? In welchem Umfang und Ausmaß?

15 K. Dörre, e. a.: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte; 2019 <https://d-nb.info/1163780723/34>, 10.1.23.

Im Sinne der richtigen Erkenntnis aus dem DGB-Abschlussbericht aus dem Jahr 2000, dass, wo sich keine gesellschaftliche ›Gegenwehr‹ politisch organisiert und mit modernen Mitteln der politischen Arbeit wappnet, ein machtpolitischer Freiraum entsteht, den extreme Rechte oder populäre Vereinfacher immer leichter ausfüllen können, gilt es für uns als Gewerkschafter:innen mehr denn je jeden Tag und mit all unserer Kraft und Solidarität und konkreten anknüpfungsfähigen Aktionen in Betrieb, Stadtquartier und sozialen Bezügen, insbesondere auch in unserer Bildungsarbeit und den laufenden und kommenden Tarifaueinandersetzungen dafür zu sorgen, dass die aktuelle erneute Faschisierung der gesellschaftlichen Zustände als Farce endet, und wir einen konkreten Beitrag zu einer Welt schaffen, in denen die Menschen sich geschwisterlich als Brüder und Schwestern begegnen.

Dazu bedarf es immer noch und immer wieder der Aufklärung und Erinnerung an all das, was schon geschah und für das, was bereits erkennbar droht! Dazu bedarf es zukunftsorientiert aber auch unseres entschlossenen und konsequenten Parteiergreifens und Eintretens für Freiheit, Humanität, Gleichheit und Geschwisterlichkeit – in der Familie, im Betrieb, in der Schule, in der Uni, in der Öffentlichkeit und auch in den eigenen (gewerkschaftlichen) Strukturen!

Emanzipatorisches, antiautoritäres und antipopulistisches (betriebliches) gewerkschaftliches Handeln bewegt sich dabei idealer Weise zwischen ›Klarer Kante‹ zeigen durch spürbare betriebliche und arbeitsrechtliche Maßnahmen (von Unternehmen und Betriebs-/Personalräten), um autoritäre Charaktere einzuschüchtern und erkennbar werdende autoritäre Tendenzen im Betrieb zu ersticken und ›akzeptierendem Ansatz‹ (Akzeptieren ohne einverstanden zu sein). »Beschränkte sich die Organisation auf – juristisch schwer durchsetzbare – Gewerkschaftsausschlüsse, überließe sie mit den ausgeschlossenen Betriebsräten zugleich die repräsentierten Belegschaften der Orientierung durch Pegida und die AfD. (...) Realitätstaugliche Strategien werden sich zwischen den genannten Polen verorten. Längerfristig muss es deren Hauptanliegen sein, jene kausalen Erklärungsmuster zu verändern, mit deren Hilfe sich das Alltagsbewusstsein Lohnabhängiger Ungleichheit und Unsicherheit verständlich macht. Wichtig ist aus wissenschaftlicher Sicht, dass die Auseinandersetzung offensiv, mit langem Atem und begleitet von einem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch geführt wird.«<sup>16</sup>

Ganz im Sinne Antonio Gramscis: »Ich glaube, daß leben bedeutet, Partei zu ergreifen. Gleichgültigkeit ist Apathie, ist Parasitismus, ist Feigheit, ist das Gegenteil von Leben. Ich lebe, ich bin parteiisch. Deshalb hasse ich den, der nicht eingreift, ich hasse die Gleichgültigen.«

Bei Seite stehen gilt nicht mehr!

Wer jetzt noch (weiter) schweigt, betreibt das Geschäft der Ewiggestrigen! ■